

EinBlick – der Newsletter

Ausgabe 43, Dezember 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

na wenn das keine gute Meldung zum Jahresende ist: Teltow-Fläming geht in die Planung des Kreishaushaltes 2017 ohne neues Haushaltssicherungskonzept! Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) hat den Etatentwurf dem Kreistag ohne besagtes Konzept zur Diskussion übergeben, da es nicht mehr nötig war. Damit hat sie eines ihrer zentralen Ziele zur Landratswahl 2013 verwirklicht und die Haushaltskonsolidierung erfolgreich angepackt. Wir als LINKE sind stolz darauf, auch haben wir als Kreistagsfraktion gern dazu beigetragen. Seit 2004 ist damit nun endlich kein Haushaltssicherungskonzept mehr nötig, Teltow-Fläming wird finanziell handlungsfähiger. Für uns als Linksfraktion ist damit klar, dass perspektivisch auch die durch die kommunale Familie zu entrichtende Kreisumlage sinken wird. Haben doch nicht zuletzt die Städte und Gemeinden unseres Landkreises zum Schuldenabbau des Kreises beigetragen.

Mit dem sich zu Ende neigenden Jahr haben die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand der LINKEN Teltow-Fläming in einer Jahresabschlussklausur am 10. Dezember Bilanz gezogen und Aufgabenstellungen für das kommende Jahr festgesetzt. Nicht zuletzt die 2017 anstehende Bundestagswahl wird viel von uns abverlangen. Wir gehen es jedoch an und sind optimistisch!

Die Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming wünscht eine informative Lektüre.

PS: Wünschen Sie Kontakt zu uns? Wie, erfahren Sie auf der letzten Seite im Impressum.



(v.l.n.r.): Felix Thier, Annekathrin Loy, 1. Beigeordnete Kirsten Gurske, Mandy Werner, Dr. Irene Pacholik, Roland Scharp, Dirk Hohlfeld, Hartmut Rex, Landrätin Kornelia Wehlan, Hans-Jürgen Akuloff, Jörg-Martin Bächmann, Peter Dunkel und Maritta Böttcher (Heike Kühne fehlt auf dem Foto.)

Einwohnerfragestunde

► In dieser Sitzung des Kreistages gab es vier Fragen von Bürgerinnen und Bürgern. Zwei bezogen sich auf die dem Kreistag vorliegende Petition zur Kita in Gebersdorf. Man wünschte sich eine erneute Befassung mit dem Thema. Der Kreistag hat die Petition an den zuständigen Jugendhilfeausschuss zurückverwiesen, zur dortigen Diskussion werden auch die Eltern erneut eingeladen.

Ein Bürger aus Zossen fragte nach bezogen auf Berichte zur Schließung der Führerscheinstelle in Zossen nach. Ebenso danach, wer für den Erhalt und Unterhalt der Buslinie 618 Verantwortung trägt. Die Landrätin hat hier eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Die letzte Frage kam aus Luckenwalde und bezog sich auf die Anzahl der Altanschießer im Landkreis, wie viele von ihnen schon die Gebühren zurück erhalten haben, ob die Kreisverwaltung Teltow-Fläming eine juristische Person ist und wie hoch die gezahlten Leistungen an Asylbewerber ist. Für die Fragen, wo der Landkreis Zuständigkeit besitzt, wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

► Kreistagsvorsitzender Dr. Kalinka wies mit einem Schmunzeln darauf hin, dass die auf den Tischen der Kreistagsmitglieder verteilten Schokoweihnachtsmänner nicht der Bestechung dienen und der Sachverhalt als solches auch mit dem Rechtsamt des Landkreises abgestimmt sei.

Mitteilungen der Landrätin



Kornelia Wehlan

Foto: Landkreis Teltow-Fläming

► Landrätin Kornelia Wehlan reagierte auf eine anonymes Schreiben, welches die Kreistagsmitglieder am Wochenende vor der Sitzung erreichte. Hier wurde auf Stellenbestellungen innerhalb der Verwaltung Bezug genommen und schwere Vorwürfe, u.a. gegen die Landrätin selbst, erhoben. Aus Datenschutzgründen, in dem Schreiben wurden bestimmte Personen der Verwaltung namentlich und mit ihrer Entgeltgruppe genannt, ging Kornelia Wehlan in ihrer Stellungnahme nicht öffentlich darauf ein. Sie informierte jedoch, dass sie wegen Verleumdung und Verletzung von Dienstgeheimnissen eine Strafanzeige gegen unbekannt bei der Staatsanwaltschaft eingereicht hat.

► Die Landrätin ging weiterhin darauf ein, dass die Stellungnahme zum Gesetz der Neugliederung der Landkreise in Erarbeitung ist. Abgestimmt mit den Kreistagsfraktionsvorsitzenden und fußend auf den KT-Beschluss zur Eigenständigkeit Teltow-Flämings aus dem Jahr 2015 wird das ganze Thema im Februar-Kreistag behandelt. Der Fokus der Stellungnahme an die Landesregierung wird auf die kommunale Selbstverwaltung gelegt.

Petition zum Tierschutzgesetz

► Mit einer Petition bezogen auf Hundeschulen und deren Betreiber bzw. dem Sachkundennachweis für die selbigen wandte sich der Petent, ein Verband von Hundetrainern, an den

Kreistag. Die Verwaltung hat dazu eine Stellungnahme erarbeitet die deutlich machte, dass das Anliegen des Petenten unbegründet ist. Die vom Petenten vorgebrachten Verfahrensfehler konnten an keiner Stelle bestätigt werden. Dieser Stellungnahme schloss sich der Kreistag einstimmig an und beschied die [Petition](#) negativ.

Petition zum ehemaligen Pflegeheim Saalow

► Eine weitere Petition befasste sich mit dem ehemaligen Pflegeheim in Saalow. Das Gebäude steht seit geraumer Zeit leer und verfällt zusehends. Der Petent möchte dem entgegenwirken. Der Kreistag folgte dem Anliegen teilweise, die Bemühungen zur Vermarktung der Liegenschaft sollen intensiviert und fortgesetzt werden. Eine Weiternutzung durch den Landkreis oder gar Abriss kann aus Kostengründen jedoch nicht erfolgen. Die genauen Details dazu finden sich in der folgenden Vorlage.

Der Kreistag folgte der [Petition](#) einstimmig.

Erhalt der Rettungswache Petkus

► Und noch eine Petition: Mit Blick auf die Verkürzung der Hilfsfristen, also die Zeit, die ein Rettungswagen von der Alarmierung bis zum Eintreffen am Einsatzort benötigt, soll die Rettungswache in Petkus (Stadt Baruth/ Mark) nach Hohenseefeld (Gemeinde Niederer Fläming) verlagert werden – das würde die Hilfsfristen im südlichen Teil des Landkreises positiv beeinflussen. Verständlicherweise haben damit die Bürgerinnen und Bürger in und um Petkus ein Problem. Eine salomonische Lösung gibt es nicht, jedoch hat sich der Kreistag dafür ausgesprochen, bis 2018 mit dem Nachbarlandkreis Elbe-Elster Gespräche zur Rettungswachenzstützpunktstruktur zu führen.

Der Kreistag folgte der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses zur [Petition](#) bei zwei Enthaltungen einstimmig.

Petition Kindertagespflege Gebersdorf

► Die letzte Petition dieser Kreistagssitzung befasste sich mit dem Anliegen der Eltern der Kindertagespflege „Am Storchennest“ in Gebersdorf (Amt Dahme/ Mark). Kinder von 0-3 Jahren können in Kindertagespflegereinrichtungen betreut werden, ab 3 bis zur Einschulung ist die Unterbringung in Kindertagesstätten vom Gesetzgeber vorgesehen.

Die genauen Details entnehmen Sie bitte den Vorlagen zu diesem [Tagesordnungspunkt](#). Das Thema wurde vom Kreistag einstimmig zurück an den Jugendhilfeausschuss zur erneuten Beratung verwiesen.

Einbringung der Prioritätenliste für Investitionen 2017; Haushalt 2017

► Der Haushaltsausgleich ist geschafft, im kommenden Jahr rechnet die Verwaltung mit zwei Millionen Euro Überschuss, über 5,2 Millionen Euro will der Landkreis im Jahr 2017 investieren. Das Geld soll ausweislich der dem Kreistag vorgelegten Prioritätenliste zum Beispiel in Schulen und Straßen fließen. Für 2018 wird mit der Entlastung der Kommunen gerechnet, die Kreisumlage soll sinken. Das sind die Schlagworte, mit denen Landrätin Wehlan

(DIE LINKE) die Einbringung des Haushaltes 2017 in den Kreistag vornahm. Ihre Rede findet sich [hier](#).

Die weiteren Details und Ausführungen zur Prioritätenliste finden sich im Sacherhalt zu der [Beschlussvorlage](#), welcher der Kreistag, bei Zustimmung der LINKEN, mit großer Mehrheit folgte.

An dieser Stelle wurde durch die Landrätin auch der Entwurf des Kreishaushaltes für das Jahr 2017 an den Kreistag übergeben. In den kommenden Wochen werden sich die Fachausschüsse mit dem Papier befassen. Die Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming nimmt mit Dank und Zuversicht zur Kenntnis, dass mit dem zur Kreistagsitzung von Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) eingebrachten Haushaltsentwurf vom Landkreis Teltow-Fläming ein riesiger Schritt zur finanziellen Handlungsfähigkeit des Kreises gegangen wird. Dank eines in den letzten Jahren von der Landrätin maßgeblich betriebenen, und von der LINKEN mitgetragenen, Schuldenabbaus wird für den Kreishaushalt 2017 das seit 2004 notwendige Haushaltssicherungskonzept wieder entfallen können. Damit gewinnt Teltow-Fläming ein großes Stück seiner Selbstbestimmung zurück. Ein nicht zu unterschätzender Punkt in der Diskussion um die Eigenständigkeit des Landkreises.

Maßgeblich zum Schuldenabbau hat die kommunale Familie Teltow-Flämings mit der Kreisumlage beigetragen. Es ist nur folgerichtig, dass nunmehr eine Senkung der Kreisumlage um ein Prozent in Aussicht gestellt wird. In den künftigen Haushaltsdiskussionen wird DIE LINKE eine zweiprozentige Senkung der Kreisumlage anstreben.

Landrätin Kornelia Wehlan hat einen maßgeblichen Punkt ihres Programms zur Landratswahl 2013 verwirklicht: Haushaltskonsolidierung hat Vorrang. Dies gelang nur mit einem neuen Miteinander im Landkreis. Es zeigt sich: Links wirkt.

Änderung der Hauptsatzung des Landkreises

► Mit der Änderung wird zum einen der Gemeinde Großbeeren ermöglicht, ebenfalls ein Mitglied in den Kreissenorenbeirat zu entsenden. Bisher hatte die Gemeinde keinen eigenen Seniorenbeirat, somit auch keinen Sitz im kreislichen Gremium. Dies hat sich nunmehr geändert, die Hauptsatzung war dahingehend anzupassen.

Ein weiterer Punkt betraf Regelungen zu Kreisbediensteten und ab wann bei deren Stellenbesetzung der Kreistag zu beteiligen war. Hier zeigte sich, dass die im Jahr 2014 getroffene Regelung unpraktikabel war. Die Änderung der Hauptsatzung wurde auch hier notwendig.

Der Kreistag folgte dem mit großer Mehrheit, DIE LINKE einstimmig. Ein Änderungsantrag der SPD entfiel dadurch.

Die Beschlussvorlage und deren Details finden Sie [hier](#).

Personelle Veränderungen in kreislichen Gremien

► Personelle Veränderungen wurden im [Jugendhilfeausschuss](#) und im [Seniorenbeirat](#) des Landkreises nötig.

Der Kreistag billigte dies einstimmig.

Beendigung der VTF an der Luckenwalder Servicegesellschaft

► „Die VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS) wurde im Jahre 2002 errichtet. Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des Unternehmens die Erbringung von Dienstleistungen unter anderem des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich Schüler- und Berufsverkehre sowie Sonderbedienungsformen und Alternativverkehre im Bereich des Landkreis Teltow-Fläming im Auftrag des Landkreises Teltow-Fläming und der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH.

Die Geschäftsanteile der LUS werden zu 100 % von der VTF mbH gehalten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich im Wesentlichen auf die Erbringung von Beförderungsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Nachauftrag für die Muttergesellschaft VTF mbH. Eigenes Anlagevermögen besitzt die LUS nicht.

Die Beförderungsleistungen werden von der LUS mit eigenem Personal erbracht. Zum 31. Dezember 2015 beschäftigte die Gesellschaft insgesamt 26 Mitarbeiter (ausschließlich Fahrpersonal). Diese werden seit dem 1. Januar 2016 nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen bei den Nahverkehrsbetrieben im Land Brandenburg – Spartentarifvertrag Nahverkehr Brandenburg (TV-N BRB) vergütet.

Aufgrund des geltenden Vergabegesetzes erfolgt somit seit 01.01.2016 die Anwendung des gleichen Tarifvertrages wie im Mutterunternehmen. Daher werden nunmehr keine Gründe für ein Fortbestehen der LUS gesehen. Der Aufsichtsrat der VTF mbH beschloss in seiner Sitzung am 13.07.2016 hierzu eine Empfehlung an den Gesellschafter. Demnach ist die wirtschaftliche Betätigung der LUS nach Übernahme der Mitarbeiter zur VTF mbH einzustellen.

(...)“ (Sacherhalt aus der Beschlussvorlage)

Der Kreistag nahm die [Beschlussvorlage](#) einstimmig an.

Optionserklärung Umsatzsteuergesetz

► „Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 ändert sich die umsatzsteuerliche Behandlung der Leistungen der juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPöR) grundlegend. Generell ist nach der Einführung des § 2b UStG von einer wesentlichen Ausweitung der steuerbaren und steuerpflichtigen Leistungen der jPöR auszugehen. Bisher galten nur öffentliche Betriebe gewerblicher Art sowie die Land- und Forstwirtschaft umsatzsteuerrechtlich als Unternehmen. Mit dem neuen Umsatzsteuerrecht gelten alle jPöR als Unternehmer, die Leistungen gegen Entgelt anbieten. Ausgenommen von der Umsatzbesteuerung bleiben auch zukünftig weiterhin öffentliche Institutionen, die mit der Ausübung öffentlicher Gewalt betraut sind und in deren Tätigkeiten es keinen Wettbewerb gibt. In der Konsequenz führt das dazu, dass die kommunalen Aufgaben, insbesondere im Bereich der freiwilligen Aufgaben, in Zukunft steuerlich anders bewertet werden.

Der Gesetzgeber hat aufgrund der kurzen Vorlaufzeit die Möglichkeit eröffnet, die alten Regelungen für erbrachte Leistungen nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 noch für anwendbar zu erklären. Diese Erklärung ist bis zum 31.12.2016 gegenüber dem Finanzamt abzugeben. Dabei kann die Erklärung nicht auf einzelne Tätigkeitsbereiche oder Leistungen beschränkt werden, sie gilt für alle Bereiche der jPöR. Die Erklärung kann mit Wirkung vom Beginn eines auf die Abgabe folgenden Kalenderjahres widerrufen werden. Ab dem 01.01.2021 gelten dann ausnahmslos die neuen Steuerregelungen.

Der Gesetzgeber gibt den Kommunen mit dieser Übergangsregelung Zeit, sich auf die geänderte Rechtslage einzustellen.

Mit der Analyse – die dann voraussichtlich doch mit externer Unterstützung durch Steuerberater stattfindet - der in Frage kommenden Bereiche wird bereits Anfang 2017 begonnen. Da eine fachspezifische Überprüfung aller in Frage kommenden Sachverhalte bis zum Ende des Jahres 2016 nicht mehr gewährleistet werden kann, wird vorgeschlagen, von der Übergangsregelung Gebrauch zu machen und eine entsprechende Erklärung gegenüber dem Finanzamt im eigenen Namen abzugeben. *(Sachverhalt aus der Beschlussvorlage)*

Der Kreistag stimmte der [Vorlage](#) einstimmig zu.

Gebührensatzung des Landkreises

► Wie berichtet, hat sich der Kreistag eigentlich schon auf seiner letzten Sitzung mit der Gebührensatzung befassen wollen. Hier entwickelte sich aufgrund von Nachfragen jedoch eine Debatte, die zu einigen Unklarheiten führte. Dadurch gab es den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage zu vertagen. Mehrheitlich folgte dem der Kreistag, DIE LINKE war damals dagegen. Somit wurde über die [Allgemeine Gebührensatzung](#) erst jetzt abgestimmt. Auch dieses Mal versuchte namentlich die SPD die Beschlussfassung dazu zu ändern, scheiterte aber an der Mehrheit des Kreistages.

Das Ergebnis brachte für die Gebührensatzung eine mehrheitliche Zustimmung, DIE LINKE war geschlossen dafür.

Benutzungs- und Gebührensatzung für Räume der Kreisverwaltung

► Die derzeit geltende Allgemeine Gebührensatzung vom 10.12.2001, welche auch die gebührenpflichtige Benutzung von kreiseigenen Räumen erfasst, ist bislang unverändert geblieben. Nicht nur aus Gründen der Haushaltskonsolidierung, sondern auch aus rechtlichen Gründen ist die Überarbeitung und Überprüfung der Kalkulation für die Benutzungsgebührenregelungen bzw. der Erlass einer selbständigen Benutzungs- und Gebührensatzung für Räume in der Kreisverwaltung angezeigt.

Der Kreistag sah dies ebenso und stimmte bei der [Vorlage](#) einstimmig zu.

Änderung der Kooperationsvereinbarung Jugendberufsagentur

► „Die Bundesagentur für Arbeit, der Landkreis Teltow-Fläming und das Jobcenter haben eine Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Rahmen der Jugendberufsagentur Teltow-Fläming abgeschlossen. Die Zustimmung des Kreistages dazu erfolgte in seiner Sitzung am 07.12.2015 (Beschluss Nr. 5-2577/15-II). In dieser Kooperationsvereinbarung wurde u. a. vereinbart, dass jede Vereinbarungspartei ihre Arbeitsplätze in der Jugendberufsagentur mit erforderlichen Sachmitteln ausstattet (§ 6).

Zur Wahrung eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Jugendberufsagentur soll gemeinsames Mobiliar genutzt werden. Diese Vereinbarung findet jedoch in der vorliegenden Kooperationsvereinbarung keine konkrete Erwähnung, so dass daraus Irritationen entstanden sind.

Im Arbeitskreis zur fachlichen Unterstützung des Koordinierungskreises der Jugendberufsagentur wurde am 30. Juni 2016 mit den Kooperationspartnern vereinbart, dass der § 6 „Ausstattung der Arbeitsplätze“ entsprechend konkretisiert wird. (...)“ *(Sachverhalt aus der Beschlussvorlage)*

Die Abstimmung erbrachte Einstimmigkeit bei drei Enthaltungen, DIE LINKE war geschlossen dafür. Die Beschlussvorlage findet sich [hier](#).

Überplanmäßige Ausgaben bei den Zuweisungen an Kitas

► Die Ermittlung des Planansatzes 2016 erfolgte unter Berücksichtigung gesetzlicher Änderungen und in der Annahme, dass 2016 durchschnittlich rd. 6.600 Kinder in Kindertagesstätten der Gemeinden/Ämter betreut und rund 515 Erzieher als notwendiges pädagogisches Personal bezuschusst werden müssen. Tatsächlich werden im laufenden Haushaltsjahr in kommunalen Kindertageseinrichtungen 217 Kinder mehr betreut, wofür weitere 21 Erzieher zu finanzieren sind. Die Planansätze reichen daher sowohl beim Ergebnis- wie auch im Finanzhaushalt nicht aus, um den entstehenden Mehrbedarf in Höhe von rund 985.120,00 € zu decken.

Der Kreistag hat mit seinem Votum zur [Beschlussvorlage](#) hier nachgesteuert und stimmte einstimmig zu.

Gemeinsames elektronisches Identitätsmanagement in der Kfz-Zulassung

► „(...) Mit Inkrafttreten der Ersten Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und der geplanten Zweiten Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung sowie anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften sind die Landkreise und kreisfreien Städte als örtlich zuständige Behörden seit dem 1. Januar 2015 gesetzlich verpflichtet, die Stufen der „Internetbasierten Fahrzeugzulassung (iKfz)“ umzusetzen. Seit dem 1. Januar 2015 kann mit der ersten Stufe ein Fahrzeug auch internetbasiert außer Betrieb gesetzt und mit der zweiten Stufe ab Mitte 2017 dieses Fahrzeug auf denselben Halter internetbasiert wieder zugelassen werden. Mit der später geplanten dritten Stufe, frühestens ab dem Jahr 2018, sollen grundsätzlich alle Fahrzeuge internetbasiert zugelassen werden können. (...)“

Die Vereinbarung ermöglicht den beteiligten Aufgabenträgern ein gebündeltes Identitätsmanagement zu betreiben. Anstelle von vielen einzelnen muss danach lediglich ein gemeinsames Berechtigungszertifikat für sämtliche Aufgabenträger beantragt werden, die an der Vereinbarung als Vertragspartner teilnehmen. (...) *(Sachverhalt aus der Beschlussvorlage)*

Der Kreistag stimmte hier bei drei Enthaltungen einstimmig zu, DIE LINKE war geschlossen dafür.

Die Beschlussvorlage und deren Details finden Sie [hier](#).

Schutzgebiet „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“

► Der Landkreis wird ein Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausweisen, betroffen sind die Kommunen Nuthe-Urstromtal, Zossen, Luckenwalde, Baruth/Mark, Dahme/Mark, Jüterbog und Am Mellensee.

Die Details und die umfangreichen Liegenschaftskarten entnehmen Sie bitte dem [Tagesordnungspunkt](#) zur Beschlussvorlage. Der Kreistag stimmte der LSG-Ausweisung mit Änderungen bei einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen mit großer Mehrheit zu, DIE LINKE war ge-

geschlossen dafür.

Betrauungsakt für den Tourismusverband Fläming e.V.; Bestellung eines Vertreters in den Tourismusverband

► Nach EU-Recht können staatliche Beihilfen an Unternehmen den Wettbewerb verfälschen und sind daher unzulässig. Es gibt jedoch für bestimmte Fälle Ausnahmen. Solche sollen hier für den Tourismusverband Fläming e.V. zur Anwendung kommen, die Details finden sich [hier](#).

Der Kreistag stimmte dem geschlossen bei drei Enthaltungen zu, DIE LINKE einstimmig dafür. Ebenso bejahten die Kreistagsmitglieder bei einer Nein-Stimme die [Bestellung eines Vertreters des Landkreises](#) in den Tourismusverband. Das Vorschlagsrecht lag bei der SPD-Fraktion, sie entsendet Helmut Barthel.

Fortführung Dialogforum Airport BER

► „Die bisherige Arbeit des Dialogforums Airport Berlin Brandenburg soll zukünftig in der Form einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft fortgesetzt werden. Ziel der Arbeit im Dialogforum bleibt es auch zukünftig, die Entwicklung des Flughafenumfeldes ausgewogen und nachhaltig sowie den Bau und Betrieb des BER so verträglich wie möglich für alle Beteiligten zu gestalten. Das Dialogforum bietet eine Informations- und Kommunikationsplattform zwischen den Kommunen und dem Flughafenbetreiber sowie dessen Gesellschaftern und auch den Kommunen untereinander unter Beteiligung der Landkreise und Länder. Schwerpunkte der Arbeit des Dialogforums sind die Aufgabenfelder Interessensausgleich, Fluglärm und interkommunale bzw. kommunale Entwicklungen im Flughafenumfeld. (...)“ (*Sachverhalt aus der Beschlussvorlage*)

Der Kreistag stimmte dem mit großer Mehrheit zu und beschloss die [Vorlage](#) bei Einstimmigkeit der LINKEN.

Informationsvorlagen

Die folgenden Vorlagen nahm der Kreistag zur Kenntnis:

- [Entwurf Richtlinie Gewährung von Zuwendungen aus Gewinnausschüttung der Sparkasse](#)
 - [Neufassung Rettungsdienstbereichsplan](#)
 - [Stellungnahme zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes](#)
 - [Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit](#)
 - [Stand der Umsetzung Personalentwicklungskonzept der Kreisverwaltung](#)
-

Antrag Elektromobilitätskonzept für den Landkreis

► Die CDU beantragte ein oben genanntes Konzept für Teltow-Fläming zu erarbeiten. In einer Stellungnahme ging Landrätin Kornelia Wehlan auf den Antrag ein. Ebenso hat die SPD den Antrag mit einem eigenen Antrag noch erweitert.

Der Antrag und die Stellungnahme finden sich unter diesem [Link](#). Der Kreistag stimmte dem Papier bei fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen zu. DIE LINKE votierte einstimmig dafür.

Dokumente – Anfragen & Anträge aus unserer Fraktion

► Zu dieser Sitzung des Kreistages gab es von unserer Fraktion keine Anfragen.

Termine

- **5. Januar**, 17.30 Uhr: Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, Kreishaus Luckenwalde
 - **9. Januar**, 17 Uhr: Haushalts- und Finanzausschuss, Kreishaus Luckenwalde
 - **18. Januar**, 18 Uhr: KT-Fraktion & Kreisvorstand der LINKEN TF beraten mit Justizminister Ludwig zur Kommunalreform, Bürgerbüro der LINKEN in Ludwigsfelde
 - **23. Januar**, 17 Uhr: Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Kreishaus Luckenwalde
 - **25. Januar**, 17 Uhr: Jugendhilfeausschuss, Kreishaus Luckenwalde
 - **26. Januar**, 17 Uhr: Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Kreishaus Luckenwalde
 - **28. Januar**, 9.30 Uhr: Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN TF, Themenschwerpunkt Bildungspolitik, Kreishaus Luckenwalde
 - **30. Januar**, 17 Uhr: Kreisausschuss, Kreishaus Luckenwalde
 - **31. Januar**, 17 Uhr: Rechnungsprüfungsausschuss, Kreishaus Luckenwalde
 - **6. Februar**, 17 Uhr: Haushalts- und Finanzausschuss, Kreishaus Luckenwalde
 - **7. Februar**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung, Kreishaus
 - **8. Februar**, 17 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft, Kreishaus Luckenwalde
 - **13. Februar**, 17 Uhr: Haushalts- und Finanzausschuss, Kreishaus Luckenwalde
 - **13. Februar**, 18 Uhr: Sitzung der Fraktion DIE LINKE., Kreishaus Luckenwalde
 - **20. Februar**, 17 Uhr: Sitzung des Kreistages, Kreishaus Luckenwalde
-

Vor-Ort-Termin in Glashütte



► Unsere Kreistagsfraktion folgte am 19. November einer Einladung nach Glashütte in die dortige Museumsherberge. Die Besitzer beziehungsweise der Verein erhoffen sich von uns Hilfe beim weiteren Betreiben der Einrichtung. Wir konnten Tipps zur Förderung geben und sicherten Hilfe zu, beispielsweise werden wir uns mit der Kreisverwaltung zusammensetzen und nach Lösungen für Erweiterungen der Kapazitäten im Museumsdorf Glashütte suchen.

Auf dem Foto besichtigen wir übrigens den Naturbadeteich der Herberge - aber zum Schwimmen war es uns dann doch schon zu kalt.

LINKE war in Klausur

► Mit dem sich zu Ende neigenden Jahr haben die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand der LINKEN Teltow-Fläming in einer Jahresabschlussklausur am 10. Dezember Bilanz gezogen und Aufgabenstellungen für das kommende Jahr festgesetzt. Nicht zuletzt die 2017 anstehende Bundestagswahl wird viel von uns abverlangen. Wir gehen es jedoch an und sind optimistisch! Themen der Beratung war aber auch die inhaltliche Arbeit in den Gremien, die Zusammenarbeit und Mitwirkung bei der Erstellung unserer Zeitungen für Kreisverband. Auch die Positionierung zur vom Land angestrebten Kommunalreform und unsere Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten als LINKE Teltow-Fläming waren Diskussionspunkte. Trotz aller inhaltlicher Arbeit kam jedoch die Gemütlichkeit nicht zu kurz: Felix Thier als Kreisvorsitzender spielte den Weihnachtsmann und übergab an die Anwesenden Mitglieder des Vorstandes und der Fraktion ein kleines Präsent, verbunden mit einem Dankeschön für das Mitwirken in der LINKEN.



Liebe Leserinnen und Leser,
die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming wünscht Ihnen an dieser Stelle ein
friedliches Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2017!



Impressum:

Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming
Fraktion DIE LINKE.

Zinnaer Straße 36, 14943 Luckenwalde

Telefon: 03371 – 63 22 67

Telefax: 03371 – 63 69 36

E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-teltow-flaeming.de

V.i.S.d.P.: Felix Thier, Mitglied des Kreistages,
stellv. Fraktionsvorsitzender

facebook

DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming